

Bundesministerin  
für Arbeit und Soziales  
Frau Dr. Ursula von der Leyen  
Wilhelmstraße 49

10117 Berlin

Berlin, 08.06.2010

### **Zeitnahe Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention dringend erforderlich**

Sehr geehrte Frau Ministerin,

als Vorstand und Geschäftsführung repräsentieren wir den Berufs- und Fachverband Heilpädagogik e. V. (BHP). Wir vertreten als berufs- und fachverbandliche Organisation derzeit etwa 5.100 Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, die überwiegend in der Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen in allen Altersgruppen und Lebenslagen tätig sind.

Der Verband setzt sich seit langem für die Interessen von Menschen mit Behinderungen ein, um Ihre Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. So war für uns selbstverständlich, frühzeitig für eine zügige Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention auf allen Ebenen einzutreten und den Prozess der Umsetzung kritisch zu beobachten und zu begleiten.

Leider müssen wir heute feststellen, dass man in Deutschland weit davon entfernt ist, der gesetzlichen Festschreibung eine ausreichende praktische Umsetzung des Themas Inklusion folgen zu lassen.

Aus diesem Grunde appellieren wir an Sie in Ihrer Funktion als Bundesministerin für Arbeit und Soziales, in deren Haus das Thema federführend angesiedelt ist, sich für eine zeitnahe Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einzusetzen.

Echte Teilhabeverwirklichung ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Der Begriff Inklusion darf nicht nur Worthülse bleiben, sondern muss gelebte Realität werden. Und Inklusion braucht Professionalität.

Die immer wiederkehrenden Diskussionen um Kürzungen im Bereich der sozialen Berufe können dieser Aufgabe nicht dienlich sein. Hier ist der Bund gefordert, seinen Teil dazu beizutragen, dass Länder und Kommunen diese große Aufgabe schultern können.

Über das Begleiten und Beobachten der Umsetzung der BRK hinaus wirkt der BHP an der geforderten Schaffung inklusiver Strukturen mit. So haben wir unter anderem mit der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin den berufsbegleitenden Studiengang Heilpädagogik – Inklusion und Partizipation (BA) entwickelt. Dieser Studiengang qualifiziert bereits ausgebildete Heilpädagoginnen und Heilpädagogen für die Schaffung inklusiver Strukturen und Vorgehensweisen an ihren jeweiligen Arbeitsorten. Weiter fördert er die Verzahnung wissenschaftlicher Empirien mit praxisrelevanten Erfahrungen.

Berufspolitisch bewegt uns das Thema Inklusion bereits seit mehreren Jahren – es findet sich zum Beispiel in den Inhalten und Titeln der jährlich stattfindenden Bundesfachtagungen wieder, so lautet das Thema 2010: „Heilpädagogisch Handeln – Mutig gegen Ausgrenzung!“ 2009 stand unter dem Motto: „weiterdenken. Heilpädagogik. Menschen. Rechte.“

Bereits während der Bundesfachtagung 2008 trug sich ein Großteil der Tagungsteilnehmer in eine Unterschriftenliste ein, die der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Januar 2009 übergeben wurde und mit der der BHP schon damals seine Unterstützung, aber auch seine Forderungen nach Umsetzung der Behindertenrechtskonventionen formulierte.

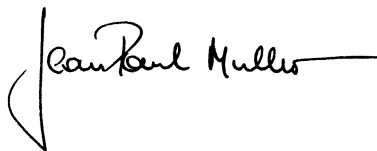
Die Mitarbeit in den Gremien der Ausbildung und des Studiums ermöglicht es dem BHP, fortlaufend die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Praxis – und damit das Leitziel Inklusion - in die Ausbildung/das Studium einzubringen und die Anpassung von Ausbildung und Studium an die Praxis zu reflektieren und zu begleiten.

Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen integraler Bestandteil unseres berufspolitischen Selbstverständnisses.

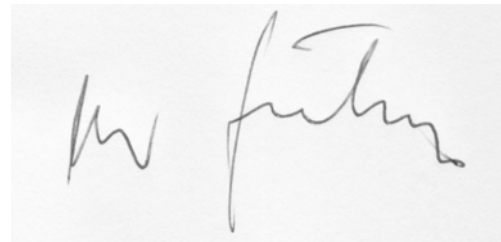
All diese Aktivitäten und Grundsätze unserer Arbeit, die hier beispielhaft genannt sind, kommunizieren wir laufend mit unseren Mitgliedern, greifen deren Anregungen auf und vermitteln diese Erfahrungen und Erkenntnisse, aber auch Kritik und Anregungen, in unsere Netzwerke auf verbandlicher und politischer Ebene.

Sehr geehrte Frau von der Leyen, nun sind auch die Politiker des Landes gefordert, ihren Part für eine zeitnahe Umsetzung der UN-Konvention beizutragen. In diesem Sinne bitten wir Sie, unseren Appell zur Umsetzung der Konventionen zu verstehen, diesen Aufruf in Ihre Entscheidungsgremien zu tragen und bieten gleichzeitig unsere berufs- und fachverbandliche Unterstützung an. Gern stehen wir Ihnen dazu für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jean Paul Muller  
BHP Vorsitzender



Wolfgang van Gulijk  
BHP Geschäftsführer

Zur Kenntnisnahme in Kopie:

- Der Beauftragte für die Belange der Menschen mit Behinderungen, Herr Hubert Hüppe
- Unabhängige Monitoringstelle Deutsches Institut für Menschenrechte
- Berliner Senat
- Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (OHCHR)